

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Al-Chafia Hammadi
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Mirco Danner

Mitglied Freie Wähler

beratendes Mitglied Andreas Lang

Behindertenvertretung

Beiratsvorsitzende Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Peter Albers
Fachbereich 50 Friederike Brunken
Fachbereich 50 Yvonne Menninga
Fachbereich 50 Karin Steffens

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Grundmandat Irina Moriß-Kappes
Ausschussmitglied Christian Ressel
beratendes Mitglied Uwe Wessels
beratendes Mitglied Florian Wiese
Ausschussmitglied Astrid Zaage

als Gast

Richard Fiebig (Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland)
Jan Meggers (Aids-Hilfe Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2018
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 250 Soziales (hier werden insbesondere die Seiten 100-102 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert)
- 4.2 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 253 Gesundheit (hier werden insbesondere die Seiten 111-112 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert)
- 4.3 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 258 Jobcenter (hier werden insbesondere die Seiten 115-116 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert)
Daneben werden die Übersichten des Ergebnishaushaltes (Seiten 11 und 20-21 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020), die Übersichten des Finanzhaushaltentwurfes (Seiten 12-13 und 22-23 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020), die Zuschüsse und Zuschussanträge (Seiten 159-164) sowie die Änderungsliste behandelt.
- 4.4 Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag Erarbeitung eines Konzeptes f. d. Förderung **534/2018** d. Wohnungsbaus
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Vorstellung der Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 (s. Anlage)

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hammadi, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hammadi zog den Antrag Nr. 534/2018 der SPD-Fraktion zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Förderung des Wohnungsbaus (TOP 4.4) zurück.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2018

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.09.2018, Nr. 7/2018, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 250 Soziales (hier werden insbesondere die Seiten 100-102 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert)

Herr Schönfelder gab anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) einen detaillierten Überblick über die ordentlichen Erträge sowie die ordentlichen Aufwendungen des **Teilhaushalt Soziales**.

Bei der Position „Kostenerstattungen/Pauschale für Asylbewerber“ erkundigte sich Herr Reese nach der derzeitigen Zahl der Zuweisungen. Aufgrund der Zuweisungssperre handelt es sich hier nur um Familiennachzüge. Eine genaue Zahl konnte Frau Menninga jedoch nicht mitteilen, da diese Personen überwiegend sofort in den Bezug von SGB II-Leistungen fallen.

Herr Sieberns teilte noch mit, dass die Zuzugssperre nicht befristet sei.

Bei den Aufwendungen kommentierte Herr Reese die Zahlen für die Übernahme der angemessenen Miet- und Heizkosten. Bei einer Bevölkerungszahl von ca. 76.300

Einwohnern werde etwa jede sechste Person (12.193) unterstützt. Dieses hat die unterschiedlichsten Gründe und daher sollten diese Zahlen Anlass für den Ausschuss und auch den Rat sein, sich lösungsorientiert mit diesem Thema zu beschäftigen.

Anschließend brachte Herr Walpurgis für die Gruppe GrünUnabhängigSozial drei Zuschussanträge ein, die noch nicht im Haushaltsvoranschlag 2019/2020 enthalten sind.

Er bat um Aufnahme der folgenden Anträge:

- Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven i.H.v. 5.000,00 € pro Jahr
- Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland i.H.v. 10.000,00 € pro Jahr sowie
- Aids-Hilfe Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund i.H.v. 4.000,00 € jährlich.

Auf Antrag wurde den anwesenden Vertretern der Institutionen bei 2 Gegenstimmen das Wort erteilt.

Herr Meggers, ehrenamtlicher Mitarbeiter, stellte den **Antrag der Aidshilfe** vom 12.11.2018 vor. Zu den Hauptaufgaben gehören die Prävention vor Neuinfizierungen mit dem HIV-Virus und anderen durch Sexualkontakt übertragbaren Krankheiten, Informationsarbeit, Anbieten des HIV-Schnelltestes sowie die Ausgabe von Verbrauchsmittel wie z.B. sauberen Spritzen und Kondomen. Mehr als 2/3 der hierfür notwendigen Arbeitsstunden werden von ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistet.

Herrn Schönfelder bat um Darstellung der finanziellen Situation. Herr Meggers teilte mit, dass das jährliche Haushaltsvolumen ca. 59.000,00 € betrage, welches zu max. 85 % vom Land Niedersachsen bezuschusst werde. Die restlichen Mittel werden durch einen Zuschuss des Landkreises Friesland i.H.v. 2000,00 € sowie Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammengetragen. Dies sei jedoch nicht ausreichend, sodass bereits zum jetzigen Zeitpunkt keine Sachmittel mehr ausgegeben werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Ehlers sagte Herr Meggers, dass die Aids-Hilfe im Umkreis von 50 Kilometern die einzige Ausgabestelle sei, die diese Dinge kostenfrei zur Verfügung stelle. Auch der Ansatz für Sachmittel beim Gesundheitsamt lässt lt. Herrn Dr. Rübsamen keinen Spielraum für die Übernahme dieser Aufgabe.

Frau Meyer-Machtemes sieht hier evtl. eine Möglichkeit, bei der Neuausrichtung des Sozialfonds einen Zuschuss für Sachmittel zu gewähren.

Auch Herr Schönfelder würde einen Zuschuss als Zeichen der Anerkennung in ähnlicher Höhe wie der des Landkreises Friesland in Erwägung ziehen.

Herr Meggers sagte zu, die von Herrn Möhle geforderte Kostenaufstellung für die abschließende Beratung im Rat nachzureichen.

Anschließend stellte Herr Fiebig den **Antrag der Arbeitsloseninitiative** vom 13.11.2018 vor. Er verteilte die Antragsunterlagen in Schriftform an die Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder (*Anlage*).

Durch die Veränderungen in der Arbeitswelt habe sich das Beratungsspektrum mittlerweile auf alle Bereiche des Sozialgesetzbuches erweitert. Häufig fungiert die Arbeitsloseninitiative als Vermittler zwischen den Leistungsträgern wie z.B. Jobcenter, Rententräger und Krankenkasse. Die Beratungen werden daher auch immer umfangreicher und zahlreicher.

Durch einen Umzug in notwendig gewordene größere Räumlichkeiten fallen ab 2019 erstmalig jährliche Mietkosten an die IG Metall Wilhelmshaven/Friesland i.H.v. 6000,00 € an.

Herr Schönfelder merkte an, dass die Kommunen häufig Jugendsozialdienste und Beratungsstellen für Ältere vorhalten. Für Menschen zwischen diesen Lebensphasen fehle oft die Sozialberatung. Das Angebot und Engagement der Arbeitsloseninitiative schließe diese Lücke und sei daher wichtig. Problematisch sah er die Position der neu anfallenden Mietkosten. Vielleicht gäbe es hier zur Kostenminimierung andere Möglichkeiten.

Herr Ehlers fragte nach der gesetzlichen Beratungsgrundlage sowie dem Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung zur Absicherung von Schäden durch Falschberatungen. Herr Fiebig antwortete, dass die Arbeitsloseninitiative nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz beraten dürfe. In monatlichen Abständen finden fachanwaltliche Fortbildungen statt. Auch bestehe eine Zusammenarbeit mit Fachanwälten, die bei ungeklärten Rechtsfragen direkt kontaktiert werden können. Diese fachanwaltliche Unterstützung sei auch Förderungsvoraussetzung für das Land und wird von dort geprüft. Eine Berufshaftpflichtversicherung bestehe aus Kostengründen nicht, wurde bisher aber auch noch nie benötigt.

Herr Möhle gab zu Bedenken, dass sich die Beratungsangebote der Arbeitsloseninitiative mit anderen Beratungseinrichtungen überschneiden.

Frau Meyer-Machtemes sagte dazu, dass es hier auch einen vorgeschriebenen Aufgabenkatalog vom Land gäbe. Sicherlich bestehe hinsichtlich der Beratungen im SGB II Bereich auch die Verpflichtung seitens des Jobcenters, hier Angebote anzubieten.

Herr Schönfelder merkte an, dass das Jobcenter diese Beratungen nicht zu ihren vordringlichen Aufgabenbereichen zähle und auch das Fachpersonal dafür nicht vorhanden sei.

Frau Gastmann sah in diesem Fachkräftemangel die Chance, die hier nicht verbrauchten finanziellen Mittel für eine Unterstützung der Beratungseinrichtungen zu nutzen, die durch Ihre Arbeit die Kommunen entlasten würden.

Herr Walpurgis übernahm die Vorstellung des **Antrages der Selbsthilfekontaktstelle** vom 17.10.2018. Das Tätigkeitsfeld der Selbsthilfekontaktstelle sei den meistens Ausschussmitgliedern von früheren Anträgen und Vorstellungen bereits bekannt. Der Zuschuss wird für die Finanzierung von Projekten und Sachmitteln benötigt. Der zum Antrag geforderte Finanzierungsplan wird nachgereicht.

Herr Reese sprach die Doppelstruktur der Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven und der KISS-Friesland an. Viele Selbsthilfegruppen aus Wilhelmshaven seien in Friesland organisiert. Er stellte die Frage, ob hier nicht ein Zusammenschluss möglich sei.

Herr Berner-Waindok und Frau Gastmann verneinten dies, da diese beiden Einrichtungen von unterschiedlichen Trägern den Auftrag übernommen haben und von diesen finanziell unterstützt werden. Unabhängig davon findet durchaus ein Austausch untereinander statt.

Die vorliegenden Anträge gehen als Änderungsantrag in die weiteren Haushaltsberatungen. Herr Schönfelder bat daher um Abstimmung über die Anträge.

Herr Reese sagte für die SPD-Fraktion, dass sich diese enthalten werde und nach vollständiger Vorlage der Unterlagen und nach Beratungen in der Fraktion ein endgültiges Votum in der Ratssitzung vom 28.11.2018 abgegeben werde.

Der Zuschussantrag der Selbsthilfekontaktstelle Wittmund-Wilhelmshaven i.H.v. 5.000,00 € jährlich wurde mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Zuschussantrag der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland i.H.v. 10.000,00 € jährlich wurde mit 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Zuschussantrag der AIDS-Hilfe Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund i.H.v. 4.000,00 € jährlich wurde mit 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen angenommen.

4.2 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 253 Gesundheit (hier werden insbesondere die Seiten 111-112 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert)

Herr Schönfelder stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) den Teilhaushalt Gesundheit vor.

Bei den ordentlichen Erträgen ging er im Besonderen auf die Position der öffentlich-rechtlichen Entgelte ein. Hier gab es im Rechnungsjahr 2017 ein erhöhtes Auftragsvolumen des Jobcenters, welches für die Folgejahre jedoch nicht weiter kalkuliert werden kann.

Bei den Kostenerstattungen für den hafenärztlichen Dienst ist eine Erhöhung zu erwarten.

4.3 Haushalt 2019/2020 - Teilhaushalt 258 Jobcenter (hier werden insbesondere die Seiten 115-116 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020 erörtert).

Daneben werden die Übersichten des Ergebnishaushaltes (Seiten 11 und 20-21 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020), die Übersichten des Finanzhaushaltentwurfes (Seiten 12-13 und 22-23 des Haushaltsplanentwurfes 2019/2020), die Zuschüsse und Zuschussanträge (Seiten 159-164) sowie die Änderungsliste behandelt.

Herr Schönfelder stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (*Anlage*) den Teilhaushalt des Jobcenters vor.

Im Wesentlichen werde in diesem Teilhaushalt die Abrechnung der Personalkosten für die zurzeit 72 städtischen Mitarbeiter im Jobcenter dargestellt. Zu diesem

Teilhaushalt gehöre dementsprechend nur das Produkt 312910 (Zahlungsabwicklung).

Herr Ehlers hält eine Beteiligung von Ratsmitgliedern im Beirat des Jobcenters für sinnvoll, um auch von dieser Seite Einblick in die Arbeit des Jobcenters erhalten zu können. Er richtete die Bitte an die Verwaltung, hier die Satzung entsprechend zu ändern und anzupassen.

Herr Schönfelder unterstützte dieses Anliegen und sagte, dass es dafür einen Antrag aus der Politik bedürfe.

Abschließend bat Herr Hammadi um Zustimmung zu den vorgestellten Teilhaushalten 250 Soziales, 253 Gesundheit und 258 Jobcenter.

Den Teilhaushalten wurde wie vorgestellt einstimmig zugestimmt.

4.4 Antrag SPD-Fraktion: Prüfauftrag Erarbeitung eines Konzeptes f. d. Förderung d. Wohnungsbaus **534/2018**

Beschluss:

-zurückgezogen-

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt im Folgenden:

Der Rat erteilt der Verwaltung den Prüfauftrag zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Förderung des günstigen und qualitätsvollen Wohnungsbaus unter Einbeziehung des vom Rat beschlossenen Wohnraumversorgungskonzeptes BV 179/2017. Das Konzept soll insbesondere auch die eventuelle Gründung einer neuen städtischen Gesellschaft für den Wohnungsbau – z.B. als Tochtergesellschaft von GGS - umfassen.

Begründung:

Es besteht in Wilhelmshaven ein überdurchschnittlich hoher Anteil an alten Gebäuden und Wohnungsbestand und ein Überangebot an nicht modernisierten Wohnungen.

Aufgrund des hohen Anteils der Einwohner im Niedrigeinkommensbereich (ca. 30%), wird der soziale Wohnungsbau die Stadt Wilhelmshaven auch in der Zukunft vor eine große Herausforderung stellen.

Die Stadt Wilhelmshaven muss einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand an Kosten der Unterkunft für Leistungsbezieher nach dem SGB II und SGB XII betreiben, ohne eine direkte Einflussmöglichkeit auf die Qualität des Wohnraums nehmen zu können. Dabei ist es für unsere Bürger ein Grundrecht, in einer zumutbaren Wohnung zu leben und damit auch eine Pflichtaufgabe der Stadt Wilhelmshaven, einen solchen Wohnraum vorzuhalten,

beziehungsweise dafür zu sorgen, dass alter Wohnungsbestand qualitativ und energieeffizient aufgewertet wird. Der Anteil älterer und behinderter Menschen in unserer Stadt, die auf barrierefreien Wohnraum angewiesen sind, wird durch die demografische Entwicklung stetig steigen.

Aus oben genannten Gründen sollte die Stadt Wilhelmshaven direkten Einfluss auf den Wohnungsmarkt nehmen können und die künftige Entwicklung nicht ausschließlich privaten Investoren überlassen. Zumal das niedrige Preissegment in unserer Stadt bei privaten Eigentümern häufig zu einem Sanierungsstau führt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung der Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 (s. Anlage)

Die Produktberichte der wesentlichen Produkte der Fachbereiche 50 und 53 wurden den Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugestellt. Herr Sieberns schlug daher vor, auch bezugnehmend auf die vorangegangene ausführliche Vorstellung der zukünftigen Haushaltszahlen, auf die einzelne Vorstellung der Produktberichte zu verzichten.

Bestehende Fragen könnten von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Möhle befürwortete diese Verfahrensweise. Bei keinem Bericht sei eine gravierende Zielgefährdung zu erkennen.

Der Ausschuss nahm dies zur Kenntnis.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:55 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Hammadi
Vorsitzender

Kallendrusch
Protokollführerin